



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

10.5042.02 / 10.5063.02

ED/P105042/P105063
Basel, 23. Juni 2010

Regierungsratsbeschluss
vom 22. Juni 2010

Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende

Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend ausländische Dozierende und Studierende

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 10. März 2010 den nachstehenden Anzug Oswald Inglin und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„In den letzten 10 Jahren stieg an den Schweizer Hochschulen die Zahl der Studierenden und Doktoranden aus dem Ausland von ca. 16'000 auf 30'500 an. Das Bundesamt für Statistik hat errechnet, dass diese pro Jahr Ausbildungskosten von rund CHF 560'000'000 verursachen. Von diesen Kosten übernimmt der Bund rund 10%, den Hauptteil der Kosten berappen die Universitäts- und Fachhochschulkantone. Die ausländischen Studierenden bezahlen die normale Studiengebühr von rund CHF 700 pro Semester, obwohl die Ausbildungen je nach Fakultät CHF 13'000 bis gegen 100'000 pro Jahr betragen.

An der Uni Basel liegt der Anteil der ausländischen Studierenden bei 16%, mit steigender Tendenz. Verglichen mit der Uni Zürich, wo rund 3'000 ausländische Studierende Kosten von CHF 80'000'000 verursachen, dürften diese Kosten für die Uni Basel bei über CHF 50'000'000 liegen.

Zitat Thomas Bieger, Prorektor der Uni St. Gallen: "Bildung sollte für einen Dienstleistungsstandort ein Exportgut sein. Zu dieser Idee gehört, dass man dieses Gut Bildung zu einem adäquaten Preis im Ausland verkauft."

Im Vertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Uni Basel ist unter Paragraph 14 festgehalten, dass die Uni unter bestimmten Voraussetzungen Studiengebühren bis zur vollständigen Kostendeckung erheben kann.

Wir bitten die Regierung, zusammen mit der Regierung BL eine Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende zu prüfen und darüber zu berichten.

Ein gleichlautender Vorstoss wird im Landrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Oswald Inglin, Lukas Engelberger, Balz Herter, Markus Lehmann, Remo Gallacchi, Rolf von Aarburg, Helen Schai-Zigerlig, André Weissen"

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Alexander Gröflin dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

"Der Bildungsstandort Schweiz wird - nach Auffassung des Anzufragenden - von ausländischen Dozierenden und Studierenden überrannt.

Die Steuerzahler der beiden Trägerkantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt der Universität Basel werden pro Studienplatz je nach Fakultät mit bis zu CHF 100'000 jährlich zur Kasse gebeten. Für die gemeinsame Trägerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft konnte eine faire Aufteilung der Kosten erreicht werden. Mit der steigenden Zahl an ausländischen Studierenden kommt dieses Gleichgewicht ins Wanken, denn die ausländischen Studierenden verlassen nach Studienabschluss in aller Regel wieder unser Land und hinterlassen so ein erhebliches (strukturelles) Defizit in unserer Staatskasse.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

I. Universität Basel

1. Wie viele ausländische Studierende studierten an der Universität Basel in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
 - a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?
2. Wie viele ausländische Dozierende dozieren an der Universität Basel in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
 - a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?
3. Wie viele Berufungen an der Universität Basel sind in den letzten fünf Jahren erfolgt (Total in Zahlen und nach Nationalität)?
 - a) In welchem Staat wohnen diese Personen?
4. Wie hoch lässt sich das finanzielle Defizit der Universität Basel beziffern, wenn anstatt eines ausländischen Studierenden, ein Basler Studierender den Platz einnehmen würde?
5. Wie hoch müssten die Studiengebühren für ausländische Studierende zumindest sein, um eine Kostendeckung zu erreichen?

II. Fachhochschule Nordwestschweiz

1. Wie viele ausländische Studierende studierten an der Fachhochschule Nordwestschweiz in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
 - a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?
2. Wie viele ausländische Dozierende dozieren an der Fachhochschule Nordwestschweiz in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
 - a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?
3. Wie viele Berufungen an der Fachhochschule Nordwestschweiz sind in den letzten fünf Jahren erfolgt (Total in Zahlen und nach Nationalität)?
 - a) In welchem Staat wohnen diese Personen?
4. Wie hoch lässt sich das finanzielle Defizit der Fachhochschule Nordwestschweiz beziffern, wenn anstatt eines ausländischen Studierenden, ein Basler Studierender den Platz einnehmen würde?
5. Wie hoch müssten die Studiengebühren für ausländische Studierende zumindest sein, um eine Kostendeckung zu erreichen?

Alexander Gröflin"

1. Ausgangslage

In den letzten Monaten hat es in der Schweiz intensive Diskussionen über die Zahl ausländischer – insbesondere deutscher – Kadermitarbeiterinnen und Kadermitarbeiter in der Schweiz gegeben. Dabei stand die hohe Zahl deutscher Ärztinnen und Ärzte und die hohe Zahl ausländischer Dozierender an Schweizer Hochschulen im Vordergrund. Im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt hat diese politische Debatte Ausdruck in zwei unabhängig voneinander eingereichten parlamentarischen Vorstössen gefunden. Einerseits die schriftliche Anfrage Alexander Gröflin betreffend ausländische Dozierende und Studierende, welche verschiedene Statistiken und Angaben in dieser Sache über die Universität Basel sowie die FHNW einverlangt. Zeitlich etwas versetzt und parallel mit ähnlichen Vorstössen im Landrat des Kantons Basel-Landschaft sowie im Grossen Rat des Kantons Zürich ist ein Anzug eingereicht worden, der als vorwegnehmende Quintessenz der statistischen Situation in der Schweiz verlangt, dass die Studiengebühren für ausländische Studierende zu erhöhen seien. Aufgrund des evidenten Zusammenhangs zwischen den verlangten statistischen Angaben und dem Anliegen des Anzugs beantwortet der Regierungsrat die beiden Vorstösse gemeinsam.

2. Grundlegende Fakten

Die Finanzierung sowohl der FHNW wie der Universität Basel beruht zur Hauptsache auf fünf Säulen:

- den Trägerbeiträgen,
- den Einnahmen aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) resp. der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV),
- den Bundessubventionen gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG) resp. Fachhochschulgesetz (FHG),
- den Drittmitteln, in welche auch die Erträge der Forschungsförderung des Bunds (Schweizerische Nationalfonds SNF und Kommission für Technologie und Innovation KTI) eingerechnet werden,
- eigenen Erträgen (Semestergelder der Studierenden, Prüfungsgebühren, Einnahmen aus Dienstleistungen etc.).

Je nach Angebot der Universität und Zahl der Studierenden müssen die Träger einen grösseren oder kleineren Teil der Kosten übernehmen. An der Universität Basel als Volluniversität mit verhältnismässig teuren Fakultäten und Forschungsleistungen übernehmen die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit CHF 283 Mio. 66% der Beiträge staatliche Träger in der Höhe von CHF 426 Mio. (B 2010). Bei der FHNW übernehmen die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn mit CHF 193 Mio. 49% der Beiträge staatliche Träger in der Höhe von CHF 392 Mio. (B 2010).

Die Studiengebühren tragen nur einen kleinen Teil der Erträge bei. Sowohl bei der Universität Basel wie bei der FHNW beträgt der Wert rund 6% (von den gesamten Drittmitteln ohne Globalbeiträge). Das sind 3% (Universität) resp. 5% (FHNW) des gesamten Budgets.

Angesichts dieser Finanzierungsstruktur ist es für die Träger von erstrangiger Bedeutung,

dass die Kosten der von aussen kommenden Studierenden abgegolten werden. Dies ist im nationalen Austausch der Sinn der IUV- und der FHV-Beiträge, wenn diese Sätze auch in einzelnen Kategorien die Vollkosten nicht ganz decken.

Da die ausländischen Studierenden von diesen nationalen Lastenausgleichsverträgen nicht umfasst werden, müssen diese Kosten von den Trägern übernommen werden. Dabei werden je nach Ausländerquote die Träger je nach Universität unterschiedlich belastet.

In der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) ist man sich einig, dass die Höhe der Studiengebühren auf nationaler Ebene abgesprochen werden muss, damit nicht eine Hochschule mit prohibitiven Studiengebühren eine Abwanderung eines Grossteils der Studierenden in die umliegenden Universitäten des gleichen Sprachraums auslösen würde. Dies würde einerseits die abgebende Universität bis zur Selbstzerstörung schwächen. Andererseits würden die umliegenden Träger zu Recht darauf aufmerksam machen, dass die Träger-schaft der abgebende Universität die betreffenden Lasten ungerechterweise auf die umliegenden Kantone abschiebe. Unter anderem dürfte diese Erkenntnis der Grund dafür sein, dass die für den Anzug federführende Partei den entsprechenden Vorstoss auch in anderen Kantonsparlamenten (BL und ZH) im Sinne einer koordinierten Aktion eingebracht hat.

3. Beantwortung des Anzugs Oswald Inglin und Konsorten

3.1 Universität

Die Daten, die unter Ziffer 4 zur Beantwortung der Anfrage Gröflin ausgewiesen werden, sind im internationalen und nationalen hochschulpolitischen Umfeld zu interpretieren und zu gewichten. Gemäss der Stossrichtung des Anzugs Inglin beschränken wir uns dabei hauptsächlich auf die Studierenden und die Frage der (kostendeckenden) Studiengebühren für ausländische Studierende. Mit den Trägerbeiträgen finanzieren die Kantone und weiteren Finanzierer nicht ausschliesslich die Ausbildung der betreffenden Studierenden. Vielmehr werden die fachliche Breite des Angebots sowie die betreffenden Forschungsfelder der Hochschulen ermöglicht. Die Universität Basel hat in den letzten Jahren bewusst eine Strategie des Wachstums verfolgt. Denn mit 8'000 Studierenden am Anfang der 1990er Jahre verfügte sie über eine Grösse, die so unterkritisch war, dass die Universität Basel auf nationaler Ebene kaum mehr wahrgenommen wurde. Sogar die Universität Fribourg hatte von der Grösse her die Universität Basel überflügelt, obwohl sie in den internationalen Rankings in einer ganz anderen Liga spielt. Der Wissens- und Wirtschaftsstandort Basel kann sich aber nicht erlauben, als Non-Valeur an den Rand des nationalen Hochschulraums gedrängt zu werden.

Das erste Bestreben der autonomen und später bikantonal getragenen Universität war es deshalb, in Abstimmung mit den Regierungen der Trägerkantone, durch ein modernes qualitativ hochstehendes Angebot und gezieltes Marketing die Studierendenzahlen zu erhöhen, um nach dem ETH-Bereich, der Universität Zürich und Genf/Lausanne zumindest zur „Mittelmacht“ aufzusteigen. Angesichts des demografischen Umfelds der Universität Basel impliziert diese Wachstumsstrategie eine überdurchschnittliche Steigerung der ausserkantonalen und damit eben auch der ausländischen Studierenden. Diese Politik war erfolgreich. In den (zum erheblichen Teil studierendenzahlbezogenen) Output-Kriterien für die Bundesfinanzierung belegt die Universität Basel Spitzenplätze. Sie hat an Gewicht und Renommee gewonnen und verfügt national wie international über eine stärkere

nen und verfügt national wie international über eine stärkere Wahrnehmung. Dennoch muss die Universität Basel weiter wachsen, wenn wir von den Bundesinstanzen als eigenständiger Universitätsstandort wahrgenommen und nicht nach Zürich, Genf und Bern als unter „ferner liefern“ abgetan werden sollen.

Die Schweiz und insbesondere der Standort Basel sind auch aus anderen Gründen auf ausländische Studierende angewiesen:

Internationales Wirkungsfeld der Universitäten

Schweizer und Schweizerinnen studieren im Ausland in der Regel zu den dort geltenden Bedingungen. So studieren allein in Deutschland 2'170 Schweizer Studentinnen und Studenten (WS 2008/2009). Die Universität Basel ist dabei mit ihrer Teilnahme an den Eucor-Programmen besonders auf offenes internationales Gegenrecht angewiesen. Es bleibt auch darauf hinzuweisen, dass der schweizerische Hochschulstandort als Ganzes aus den europäischen Forschungsprogrammen mehr Mittel bezieht, als die Schweiz für die Teilnahme daran entrichtet.

Internationale Konkurrenz hebt das Niveau der Studierenden

Das schweizerische Universitätswesen weist einen hohen Qualitätsstandard aus. Der Bildungsbericht 2010 zeigt, dass im internationalen Vergleich in der Schweiz der Anteil Studierender an einer Universität, die zu den 200 besten der Welt zählt, am höchsten ist. Unser Bildungswesen ist also in der Lage, den grössten Anteil an Studierenden in den vorderen Rängen studieren zu lassen. Das liegt einerseits an der Ausstattung unserer Universitäten (der auch künftig Sorge zu tragen gilt), und andererseits an der Qualität der Studierenden, die ein hohes Niveau erlauben. Begabte Studierende aus dem Ausland stärken dieses Niveau, insbesondere auf der Doktoratsstufe, wo der Nachwuchs für die akademischen Spitzenpositionen herangebildet wird.

Kadernachwuchs aus dem Ausland und für das Ausland

Gleichzeitig ist die Master- und Doktoratsstufe die Kadernachwuchs der internationalen Wirtschaft und damit unserer global agierenden Exportindustrie. Angesichts der Diskussionen um den schweizerischen „Brain-Import“ unseres Arbeitsmarkts ist es im schweizerischen Interesse, eine möglichst breite Basis an Akademikerinnen und Akademiker im eigenen Land auszubilden, unbesehen ihrer Herkunft. Ausländische Studierende dienen unserem Standort sowohl wenn sie als Nachwuchs für anspruchsvolle Kaderpositionen im Land bleiben, als auch, wenn sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren und dort in der geschäftlichen wie politischen Welt als „Botschafter“ ihres Studienlands auftreten. Dies gilt insbesondere für die Region Basel als Wirtschaftsstandort globaler Konzerne.

Bezüglich des hohen Anteils ausländischer Dozierender an der Universität Basel ist festzustellen, dass – wie auch bei den anderen schweizerischen Universitäten – die Professuren gar nicht aus dem inländischen Mittelbau heraus besetzt werden könnten. Ganz abgesehen davon, dass eine nationale Monokultur dem (internationalen) Lehr- und Forschungsniveau einer Universität schadet, sind dem Bewerberinnen- und Bewerberpool quantitative Grenzen gesetzt. Darin ähnelt das Universitätswesen durchaus dem Gesundheitswesen, das sowohl sein Kaderpersonal wie das Fachkräftepersonal grossteils aus dem Ausland rekrutieren muss. Ausserdem profitiert auch der schweizerische Mittelbau vom internationalen Austausch. Schweizerinnen und Schweizer belegen Professuren an Universitäten in der ganzen Welt. Von einigen wird dies explizit verlangt, bevor sie dann an einer Schweizer Universität tätig werden können. Dabei versteht es sich von selbst, dass in absoluten Zahlen bspw.

mehr Deutsche aus dem 80 Mio. Land der Nachbarschaft in die Schweiz kommen, als die Schweiz mit 8 Mio. Einwohnern nach Deutschland entsendet. Der Trend wird dadurch verstärkt, dass Deutschland neben der deutlich höheren Einwohnerzahl auch eine höhere Maturitäts- und Akademikerquote kennt. Immerhin stehen den an den Schweizer Hochschulen beschäftigten 9'111 Deutschen 772 Schweizer Hochschuldozierende gegenüber, die in Deutschland tätig sind.

3.2 FHNW

Die FHNW wurde 2006 gegründet. Die Vorgängerinstitutionen in den vier Trägerkantonen AG, BL, SO und BS wiesen grossteils unterkritischer Grössenordnungen auf. Einzelne Disziplinen (Technik, Bauingenieurwesen und Architektur) mussten trotz ihrer wirtschaftspolitischen Relevanz mit Studierendenschwund kämpfen. Ein wesentliches Ziel der Gründung der FHNW war es deshalb, gesamthaft eine kritische Grösse zu erlangen, um einerseits die Ausbildungsqualität und andererseits eine erfolgreiche Positionierung im nationalen Umfeld zu erlangen. Mit der Gründung der FHNW war denn auch die Erwartung eines deutlichen Wachstums verbunden (vergleiche Leistungsaufträge der Perioden 2006 bis 2008 und 2009 bis 2011). Dieses Wachstum konnte erreicht werden. Ausschlaggebend dafür war ein attraktiver Auftritt der FHNW, die Behebung infrastruktureller Mängel, welche die Ausweitung der Studierendenzahl behinderten, sowie die beiden Neugründungen der Hochschule für angewandte Psychologie in Olten und Hochschule für Life Sciences in Muttenz. Besonders letztere hat aufgrund ihres eng in Zusammenarbeit mit der Pharmabranche entwickelten Profils einen über den Erwartungen liegenden Zuspruch erfahren, was in der regionalen Wirtschaft mit grosser Freude und Anerkennung registriert worden ist.

Auch wenn die Fachhochschulen stärker regional und national orientiert sind als die Universitäten, so ist die FHNW aufgrund ihrer grenznahen Lage und die auch hier geltenden demographischen Rahmenbedingungen auf einen über den nationalen Schnitt liegenden Zustrom ausländischer Studierenden insbesondere aus dem grenznahen Ausland angewiesen. Dabei sind vor allem die trinationalen Studiengänge als Vorzeigemodell grenzüberschreitender Zusammenarbeit zu nennen. Dies gilt im Übrigen auch für den Dozierendenkörper: Das schweizerische Fachhochschulwesen und insbesondere die FHNW wären gar nicht in der Lage gewesen, den grossen Bedarf an Dozierenden allein aus dem begrenzten inländischen Markt zu rekrutieren.

Dennoch wird das Studierendewachstum bei der FHNW im Vergleich zur Universität Basel deutlich weniger von ausländischen Studierenden geprägt. Neben der starken nationalen Orientierung der Fachhochschulen hat dies auch mit ihrem Auftrag im Rahmen des dualen Berufsbildungssystems zu tun. Mit der Gründung der Fachhochschulen wurde in erster Linie Personen mit einem nichtakademischen Berufsbildungshintergrund die Möglichkeit eröffnet, eine akademische Weiterbildung in Angriff zu nehmen. Diese erfolgreiche Ausweitung des Bildungspotentials hat in erster Linie im Inland stattgefunden.

Ausgesprochen international geprägt ist hingegen die Hochschule für Musik. Sie gehört zu den internationalen Spitzeninstitutionen im Raum Basel. Insbesondere die Scola Cantorum Basiliensis, aber auch die Musikhochschule ziehen hochbegabte Studierende aus aller Welt an. Dabei handelt es sich grossteils um wenig bemittelte Studierende aus Osteuropa, Asien und Lateinamerika, die grosse Opfer auf sich nehmen müssen, um sich das Studium in der teuren Schweiz leisten zu können. Von den 565 Studierenden der Hochschule für Musik (15. Oktober 2009) stammen 271 aus dem Ausland. Eine deutliche Erhöhung der Studiengebühren würde zu einem so starken Einbruch der Studierendenzahlen führen, dass die

Musikhochschulen nicht mehr auf vergleichbarem Niveau weitergeführt werden könnten. Weder könnte sie dann ihre Rolle als Kulturinstitution der Region, noch für die Qualitätssicherung der regionalen Musikausbildung und Musikkultur übernehmen.

4. Beantwortung der schriftlichen Anfrage Alexander Gröflin betreffend ausländische Dozierende und Studierende

Die Anfrage Alexander Gröflin verlangt über die FHNW und die Universität Basel verschiedene statistische Angaben, die von den Verwaltungsdirektionen der beiden Hochschulen zusammengestellt worden sind. Wegen der unterschiedlichen Verwaltungssysteme kann die Darstellungsmethode sich leicht unterscheiden (bspw. Vollzeitäquivalent (VZE) bei der Universität oder Köpfe bei der FHNW). Die gewünschten Angaben sind aber interpretierbar und vergleichbar.

I. Universität Basel

1. Wie viele ausländische Studierende studierten an der Universität Basel in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
 - a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?

	Herbstsemester 2009	Herbstsemester 2008	Herbstsemester 2007	Herbstsemester 2006	Herbstsemester 2005
TOTAL Anzahl Immatrikulierte	11'593	11'360	10'770	10'287	9'748
TOTAL Anzahl Immatrikulierte Ausland	2'476	2'274	2'028	1'873	1'676
Anteil Immatrikulierte Ausland	21,4%	20,0%	18,8%	18,2%	17,2%

5 häufigste Nationalitäten	Herbstsemester 2009	Herbstsemester 2008	Herbstsemester 2007	Herbstsemester 2006	Herbstsemester 2005
Deutschland	1'626	1'459	1'250	1'146	959
Italien	73	67	58	48	42
Frankreich	70	71	70	78	89
Liechtenstein	40	52	51	39	37
Russische Föderation		36			
Polen			35	36	
Österreich	42				
Türkei					32

2. Wie viele ausländische Dozierende dozieren an der Universität Basel in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?
- a) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?

Im Personalsystem der Universität ist ein Vergleich über die Jahre nur auf der Basis von Vollzeitäquivalente im Jahresdurchschnitt sinnvoll, da gerade im Bereich Lehrbeauftragten und Assistierenden die absoluten Zahlen per Stichtag keine Aussagekraft besitzen. Deshalb wurde hier die Auswertungsvariante Vollzeitäquivalente (VZE) gewählt.

Angaben in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
TOTAL Ordinariate	128	129	125	126	126
TOTAL Ordinariate Ausland	75	78	78	76	72
Anteil Ordinariate Ausland	58,8%	60,2%	62,0%	59,9%	57,1%

Angaben in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
TOTAL Extraordinariate	43	41	46	45	44
TOTAL Extraordinariate Ausland	29	26	28	24	21
Anteil Extraordinariate Ausland	68,2%	63,7%	60,7%	52,8%	48,1%

Angaben in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
TOTAL Assprof./TTAP	21	15	18	19	15
TOTAL Ass.prof./TTAP Ausland	11	8	11	14	12
Anteil Ass.prof./TTAP Ausland	52,3%	54,1%	57,8%	70,8%	76,6%

Angaben in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
TOTAL Lehrbeauftragte	59	58	53	50	51
TOTAL Lehrbeauftragte Ausland	25	26	23	21	17
Anteil Lehrbeauftragte Ausland	42,7%	44,6%	42,2%	41,5%	32,4%
Angaben in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
TOTAL Dozierende	251	244	243	240	237
TOTAL Dozierende Ausland	141	106	139	134	122
Anteil Dozierende Ausland	56,0%	56,7%	57,1%	55,7%	51,3%

5 häufigste Nationalitäten in VZE	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
Deutschland	105	103	108	105	95
Grossbritannien	7	4		3	3
Österreich	6	6	6	6	6
Niederlande	4	4	4	4	3
Frankreich	3	4	4		
USA			3	3	3

3. Wie viele Berufungen an der Universität Basel sind in den letzten fünf Jahren erfolgt (Total in Zahlen und nach Nationalität)?

a) In welchem Staat wohnen diese Personen?

Berufungen/Nationalität	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
Total Berufungen	20	7	14	14	22
Schweiz	11	4	3	4	10
Deutschland	6	2	9	9	10
Übrige Länder	3	1	2	1	2

Wohnsitz	Jahr 2009	Jahr 2008	Jahr 2007	Jahr 2006	Jahr 2005
Total Berufungen	20	7	14	14	22
Schweiz	19	7	11	12	20
Deutschland	1		3	2	2

4. Wie hoch lässt sich das finanzielle Defizit der Universität Basel beziffern, wenn anstatt eines ausländischen Studierenden, ein Basler Studierender den Platz einnehmen würde?

Aufgrund der Globalfinanzierung der Universität im Bereich der öffentlichen Hand und der damit verbundenen Vermischung der einzelnen Finanzquellen auf der Aufwandseite ergeben sich hier keine exakt nachprüfbaren Zahlenreihen. Vielmehr kann aufgrund der Finanzierungslogik der einzelnen Finanzquellen diese Frage nur auf übergeordneter Basis und in der Tendenz beantwortet werden. Rein aus finanzieller Sicht ist die obige Frage wie folgt zu beantworten: Der grundsätzliche Unterschied zwischen ausländischen und Basler Studierenden ist darin zu sehen, dass die Universität Basel für einen Basler Studierenden weniger UFG-Mittel erhält, als für einen ausländischen. Die Bundesmittel welche die Universität im Rahmen des Universitätsförderungsgesetz (UFG) erhält, beinhalten mehrere Leistungsfaktoren. Zunächst wird der Betrag generell im Verhältnis 70:30 auf der Basis von Lehr- und Forschungsindikatoren ermittelt. Für die 70% Lehre gelten gemäss UFG folgende Bestimmungen: Der Bund beteiligt sich an der kantonalen Universitätspolitik, indem er auf der Grundlage des Universitätsförderungsgesetzes (UFG) Finanzhilfen in Form von Grundbeiträgen, Investitionsbeiträgen und projektgebundenen Beiträgen leistet. Diese Beiträge tragen zur Deckung der Kosten der Universitäten und somit auch der Kosten für ausländische Studierende

bei. Von den Grundbeiträgen werden den Universitätskantonen 60% aufgrund ihrer Gesamtzahl an Studierenden und überdies 10% aufgrund der Anzahl ausländischer Studierender ausbezahlt, was aufgerechnet im Jahr 2009 für die gesamte Schweiz einen Betrag von 116 Millionen Franken der total ausbezahlten Grundbeiträge von 550 Millionen Franken ergab. Für die Universität kann daraus abgeleitet werden, dass 21% der Grundbeiträge von CHF 69,7 Mio., d.h. CHF 14.6 Mio. für die ausländischen Studierenden vereinnahmt wurden. Das sind pro Ausländer resp. Ausländerin CHF 7'300. Dies ist aus finanzieller Sicht und bezogen auf die Studierenden der einzige Unterschied. Für Basler wie für ausländische Studierende leisten die übrigen Kantone keinen Beitrag und die Studiengebühren sind derzeit für beide Populationen die gleichen.

5. Wie hoch müssten die Studiengebühren für ausländische Studierende zumindest sein, um eine Kostendeckung zu erreichen?

Diese Frage lässt sich angesichts der vorstehenden Ausführungen nur abschätzen. Auf der Basis der durch das Bundesamt für Statistik (BFS) erhobenen Daten der Kostenrechnungen der Hochschulen können allerdings erste Hinweise geliefert werden. Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass auch in dieser Datenaufbereitung von universitären Kosten die Humanmedizin und Teile der interdisziplinären Fachbereiche noch ausgeschlossen sind (vgl. BFS, Hochschulindikatoren, hier Kostenindikatoren). Beschränkt man sich dabei auf die Kosten der Grundausbildung (Kostenindikator I) dann schwanken die Kosten je nach Fachbereich gesamtschweizerisch CHF 9'600 und CHF 42'000 im Jahr 2008. Folgendes ist hier zu beachten: Diese Zahlen stellen gesamtschweizerische Durchschnitte dar, die von Universität zu Universität schwanken können. Ausserdem sind in diesen Zahlen die Forschungskosten der Universitäten nicht berücksichtigt. Wenn man diese aufgrund der engen Beziehung zwischen Lehre und Forschung zumindest teilweise mit einbezieht (Kostenindikator 3) steigen Kosten der der Grundausbildung je nach Fachbereich auf eine Bandbreite zwischen CHF 15'000 und CHF 97'000 im Jahr 2008.

Am einfachsten lässt sich die Frage wohl dahingehend beantworten, dass für eine adäquate Finanzierung der Universität auch für ausländische Studierende zumindest Einnahmen in der Höhe der in der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) festgelegten Sätze generiert werden können sollten. Diese Sätze umfassen folgende drei Fakultätsgruppen:

Beiträge für die Beitragsklassen gemäss IUV:

Fakultätsgruppe I: (Geistes- und Sozialwissenschaften)	CHF 10'090
Fakultätsgruppe II: (Naturwissenschaften, Medizin, vorklinische Ausbildung)	CHF 24'430
Fakultätsgruppe III: (Medizin, klinische Ausbildung)	CHF 48'860

II. Fachhochschule Nordwestschweiz

1. Wie viele ausländische Studierende studierten an der Fachhochschule Nordwestschweiz in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?

Immatrikulierte Studierende zum Stichtag 15.11./15.10. (Headcount)

2006:	Total	6101	davon Ausländer	263 (4.3%)
2007:	Total	6520	davon Ausländer	296 (4.5%)
2008:	Total	7435	davon Ausländer	591 (8.0%) (Anmerkung: Integration MHS mit 206 Ausl. Stud. von 565)
2009:	Total	8172	davon Ausländer	740 (9.0%)
2010:	noch nicht verfügbar			

- b) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?

2006:	nicht verfügbar			
2007:	D	(269 Studierende / 91%)	FL	(7/2%; galt bis 2007 als Ausland); F (4/1%); A (4/1%)
2008:	D	(413/70%); F (44/7%); I (21/4%); A (12/2%); E (12/2%)		
2009:	D	(474/64%); F (47/6%); I (28/4%); E (27/4%); A (22/3%)		
2010:	noch nicht verfügbar			

2. Wie viele ausländische Dozierende dozieren an der Fachhochschule Nordwestschweiz in den letzten fünf Jahren (Total in Zahlen und im Verhältnis zur Gesamtzahl)?

2006:	Total	966	davon Ausländer	164 (17.0%)
2007:	Total	1061	davon Ausländer	169 (15.9%) (75 Dozierende mit / 94 Dozierende ohne Gesamtauftrag)
2008:	Total	1314	davon Ausländer	296 (22.5%) (102 Dozierende mit / 194 Dozierende ohne Gesamtauftrag)
2009:	Total	1310	davon Ausländer	297 (22.7%) (112 Dozierende mit / 185 Dozierende ohne Gesamtauftrag)
2010:	Total	1265	davon Ausländer	308 (24.4%) (126 Dozierende mit / 182 Dozierende ohne Gesamtauftrag)

Anmerkung: Alle Zahlen Headcount. Die Zahl 2010 (1265) entspricht 767 VZE.

Anmerkung: Integration der Musikhochschule per 1.1.2008.

b) Welches sind die fünf am häufigsten vorkommenden Nationalitäten (Total in Zahlen pro Jahr)?

2006: D (129), GB (12), USA (6), I (6), A (1).
 2007: D (62), A (5), I (2), USA (1), GB (1) mit Gesamtauftrag
 D (60), GB (9), USA (6), I (6), A (1) ohne Gesamtauftrag
 2008: D (79), A (6), I (4), USA (2), GB (2) mit Gesamtauftrag
 D (102), USA (18), F (17), I (13), GB (11) ohne Gesamtauftrag
 2009: D (88), A (7), I (4), F (2), GB (2) mit Gesamtauftrag
 D (95), USA (15), F (15), I (13), GB (11) ohne Gesamtauftrag
 2010: D (102), GB (21), I (5), A (4), USA (2) mit Gesamtauftrag
 D (98), F (15), I (13), USA (12), GB (12) ohne Gesamtauftrag

3. Wie viele Berufungen an der Fachhochschule Nordwestschweiz sind in den letzten fünf Jahren erfolgt (Total in Zahlen und nach Nationalität)?

a) In welchem Staat wohnen diese Personen?

2006 gab es 153 Berufungen

Schweizerisch	127
Deutsch	20
Griechisch	1
Irish	1
Italienisch	1
Luxemburgisch	1
Niederländisch	1
Schwedisch	1

Davon sind 1 Person wohnhaft in Frankreich und 2 in Deutschland.

2007 gab es 21 Berufungen

Schweizerisch	9
Französisch	1
Deutsch	6
Österreichisch	2
Griechisch	2
Schwedisch	1

Davon ist 1 Person wohnhaft in Deutschland.

2008 gab es 44 Berufungen:

Schweizerisch	23
Italienisch	2
Deutsch	17
Österreichisch	1
Russisch	1

Davon sind 1 Person wohnhaft in Italien, 5 in Deutschland.

2009 gab es 22 Berufungen

Schweizerisch	8
Italienisch	1
Deutsch	12
Schwedisch	1

Davon sind 3 Personen wohnhaft in Deutschland.

2010 gibt es bis jetzt 7 Berufungen

Schweizerisch	2
Deutsch	5

Davon sind 2 Personen wohnhaft in Deutschland.

4. Wie hoch lässt sich das finanzielle Defizit der Fachhochschule Nordwestschweiz beziffern, wenn anstatt eines ausländischen Studierenden, ein Basler Studierender den Platz einnehmen würde?

Die FHNW erhält für die Studierenden aus den eigenen vier Trägerkantone wie auch für ausländische Studierende nur BBT-Subventionen, aber keine FHV-Beiträge. Die Restfinanzierung erfolgt über das Globalbudget. Bezüglich Kosten und Subventionsbeiträgen gibt es folglich zwischen einem Studierenden aus Basel und einem Studierenden aus dem Ausland keine grundsätzlichen Unterschiede. Anders verhält es sich, wenn die FHNW Studierende aus der übrigen Schweiz immatrikuliert. Dann kann die FHNW durchschnittlich zusätzliche CHF 18'000 pa. FHV-Beiträge an die Kantone ausserhalb der FHNW fakturieren.

Wie bei der Universität macht es deshalb auch bei der FHNW am ehesten Sinn, die fehlenden Beiträge aus der Fachhochschulvereinbarung (FHV) als Manko bei den ausländischen Studierenden zu bezeichnen. Im Unterschied zur IUV werden bei der FHV die Unkostenbeiträge in einer höheren Anzahl von Kategorien aufgeteilt.

Beiträge für Studiengänge gemäss FHV:

Architektur, Bau- und Planungswesen	CHF	20'300
Technik und IT	CHF	21'700
Chemie und Life Sciences Land- und Forstwirtschaft	CHF	26'000
Wirtschaft und Dienstleistungen	CHF	9'700
Wirtschaft und Dienstleistungen 2	CHF	19'400
Design	CHF	21'000
Gesundheit	CHF	16'600
Soziale Arbeit	CHF	11'000
Musik	CHF	21'100
Theater	CHF	28'900
Kunst	CHF	18'900
Angewandte Psychologie	CHF	8'900

Angewandte Linguistik

CHF 11'100

5. Wie hoch müssten die Studiengebühren für ausländische Studierende zumindest sein, um eine Kostendeckung zu erreichen?

Im Durchschnitt müssen je ausländischen Studierenden rund CHF 24'000 pa. Globalbudget aufgewendet werden, wobei dieser Betrag je Fachbereich stark schwankt (ohne Anteil Infrastruktur).

5. Schlussfolgerungen des Regierungsrats aus den obenstehenden Ausführungen

Die Teilnahme der Schweiz am ungehinderten internationalen Studierendenaustausch ist von eindeutigem wirtschafts-, aussen- und bildungspolitischem Interesse. Dabei geht es in erster Linie um nationale Aspekte, weshalb nach Ansicht des Regierungsrats die betreffenden Kosten auf Bundesebene vergütet werden sollte.

Die Vorstellung, mit einer Erhöhung der Studiengebühren – die im übrigen in der Kompetenz der autonomen Hochschulen liegt – die Trägerkosten für Ausländerinnen und Ausländer deutlich zu senken, ist illusorisch. Die Gebühren müssten demassen stark erhöht werden, dass die Studierendenzahlen einbrechen würden. Das Angebot der Universitäten müsste drastisch zurückgefahren werden, um die betreffende Kostensenkung herbeizuführen. Viele Arbeitsplätze an unseren Universitäten gingen verloren und einige Studien- und Forschungsfelder würden stillgelegt. Die Ausländerinnen und Ausländer würden uns zudem besonders in jenen Fachbereichen fehlen, die für unsere öffentliche und private Wirtschaft von besonderer Bedeutung sind, wo es derzeit aber an genügendem Schweizer Nachwuchs mangelt. Zu nennen sind insbesondere die technologischen und naturwissenschaftlichen Fächer, teilweise auch die Medizin. Der Anteil an ausländischen Studierenden ist besonders hoch auf der Doktoratsstufe (Universität Basel 2009: 44%). Ein Ausbleiben dieser Studierenden könnte nicht durch eine entsprechende Schweizer Population ersetzt werden, schon gar nicht kurzfristig. Insbesondere bei der Universität Basel würde eine solche Politik eine massive Verkleinerung und Provinzialisierung, wenn nicht gar Zerstörung der Universität Basel bedeuten.

Als Quintessenz kann festgehalten werden, dass eine moderate Erhöhung der Studiengebühren nur im Nuancenbereich zur Finanzierung der Hochschule beitrüge, eine kostendeckende Erhöhung hingegen zum Eindruck der Studierendenzahl entsprechenden negativen Begleiterscheinungen führen würde.

Neben den bildungs- und wirtschaftspolitischen Erwägungen ist auch die Wirkung innerhalb der internationalen Gemeinschaft zu bedenken. Wie weiter oben ausgeführt, ist das schweizerische Hochschulwesen international stark vernetzt und auf diesen Austausch angewiesen. Eine spezifische Diskriminierung der ausländischen Studierenden in der Schweiz würde schlecht verstanden. Das Bild des ökonomischen Egoismus eines Landes, das bereits viele ausländische Fachkräfte „gratis“ bezieht, ohne sich an deren Ausbildungskosten zu beteiligen, würde sich verfestigen.

Aufgrund dieser Erwägungen ist der Regierungsrat dezidiert der Meinung, dass eine Erhöhung der Studiengebühren ausschliesslich für Ausländerinnen und Ausländer nicht in Frage kommt – schon gar nicht als Alleingang der Universität Basel und der FHNW.

Hingegen kann festgestellt werden, dass die Ausbildung von Ausländerinnen und Ausländern eine Leistung darstellt, die in erster Linie von nationalem Interesse ist. Der Regierungsrat hat deshalb bereits zusammen mit Vertretern der Eidgenössischen Räte darauf hingewirkt, dass der Bundesrat im Sinne eines Ersatzes für die bei den ausländischen Studierenden fehlenden Erträge aus der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) und aus der Fachhochschulvereinbarung (FHV) die ausländischen Studierenden vom Bund finanziert werden sollten und wird dies auch weiterhin tun. Dies ist schliesslich im ETH-Bereich bereits jetzt der Fall, ausserdem müssen die kantonalen Universitäten die Lasten für die Ausbildung der ausländischen Studentinnen und Studenten in sehr unterschiedlichem Masse tragen.

6. Antrag

Auf der Grundlage der oben stehenden Ausführungen beantragt der Regierungsrat den Grossen Rat

- die Beantwortung des schriftlichen Antrags Alexander Gröflin betreffend ausländische Dozierende und Studierende zur Kenntnis zu nehmen,
- den Anzug Oswald Inglin und Konsorten betreffend Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende als erledigt abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin